INTERNET

Im Netz mit Napoleon

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy lädt diese Woche die mächtigsten Web-Manager der Welt zum Gipfelgespräch nach Paris ein. Die Online-Gemeinde ist alarmiert, sie traut dem Franzosen alles Schlechte zu. Die deutsche Regierung hält sich lieber zurück.

Nicolas Sarkozy weiß um die Tücken des Internets. Es ist noch nicht lange her, da wurde der französische Präsident Opfer eines Hackerangriffs. Unbekannte hatten das präsidiale Facebook-Profil geknackt und in Sarkozys Namen die Falschmeldung verbreitet, er werde nach seiner jetzigen Amtszeit nicht erneut kandidieren.

Der Franzose reagierte überraschend gelassen auf den Hackerangriff: Er amüsierte sich über die vielen Rechtschreibfehler in der Botschaft seiner Gegner.

Diese Woche wird Sarkozy die Möglichkeit haben, sich an höchster Stelle über die Attacke auszulassen. Er hat drei der mächtigsten Internetgrößen der Welt zum Gipfeltreffen nach Paris eingeladen: Eric Schmidt, Verwaltungsratschef von Google, der größten Suchmaschine; Mark Zuckerberg, Gründer und Boss von Facebook, des mit über 650 Millionen Nutzern gewaltigsten sozialen Netzwerks; und Jeff Bezos von Amazon, dem größten Online-Händler der Welt.

Ein echtes Gipfeltreffen also. Und dass in dieser Runde eher Sarkozy derjenige ist, der sich im Glanz großer Namen sonnt, zeigt die wahre Bedeutung der Online-Halbgötter vielleicht besonders eindrucksvoll. Ein virtuelles Reich wie Facebook ist überall, aber wo liegt noch mal Paris?

Damit der danach stattfindende G-8-Gipfel in Deauville nicht in weltpolitischer Tagungsordnungs-Routine zermahlen wird, hat Sarkozy sich auch gleich das Sujet „Internet“ auserkoren, das auf einem eigens vorgeschalteten „e-G8“ erörtert werden soll.

In den Tuilerien-Gärten sollen unter riesigen Zelthauben, gesponsert von Großkonzernen, rund tausend Topleute aus Industrie und Wissenschaft zwei Tage lang ihre Visionen austauschen. Wer den Titel des „Co-Chairman“ tragen möchte, muss dafür 250 000 Euro blechen.

Sarkozy plant Großes: Eine gemeinsame Entschließung soll quasi die digitale Vision von Deauville eintüten, eine „thematische Premiere, die kurioserweise noch nie von den Führern der Industrienationen gemeinsam behandelt wurde“, so der Elysée.

Show und große Worte hat der Franzose noch nie gescheut. Und tatsächlich stehen sich (weitgehend amerikanisch dominierte) Online-Konzerne und (vor allem europäische) Spitzenpolitik noch immer misstrauisch bis unwissend gegenüber.

Egal ob es um Datenschutz (siehe Seite 146), Terrorismusbekämpfung, Hackerattacken oder zuletzt die Geodaten-Sammelwut von Apple und Co. geht – es gäbe vieles zu besprechen. Aber die Netzgemeinde sieht den Vorstoß Sarkozys, „das Internet“ zum zentralen Thema eines G-8-Treffens zu machen, mit großem Argwohn.

AFP

Facebook-Profil von Sarkozy: *„Rechtsfreier Raum“*

Tatsächlich hat der Franzose vor mehr als drei Jahren dem Netz den Kampf angesagt. Damals sprach er vom „Wilden Westen“ und diagnostizierte einen „rechtsfreien Raum“. Er wolle und werde „das Internet zivilisieren“, kündigte Sarkozy im Stil eines Netz-Napoleons an – und legte seither bei der Regulierung geradezu missionarischen Eifer an den Tag.

Ohne stramme Kontrolle bleibe das Internet ein Hort von „Psychopathen, Vergewaltigern, Rassisten und Räubern“, wetterte Frédéric Lefebvre, Parlamentsabgeordneter der Regierungspartei UMP, schon 2008. Harte Maßnahmen seien geradezu ein „moralischer Imperativ“, bekräftigte Sarkozy jüngst nach einem Treffen mit Papst Benedikt XVI. „Wir müssen die Exzesse und Fehlentwicklungen korrigieren, die angesichts völliger Abwesenheit von Regeln entstanden sind.“

Seit längerem schon tobt ein Gewitter immer neuer Gesetze und Verordnungen zum Schutz von Autoren, Urheberrecht, innerer Sicherheit sowie zur Sperrung von Webseiten über der Branche. „Ordnen“, „säubern“, oder wenigstens „zivilisieren“ wollte der Präsident jenen Mediensektor, der ihn oft mit entlarvenden Zitaten, Fotos und Videos in die Bredouille gebracht hatte.

Frankreich führte 2010 ein rigides Drei-Stufen-Modell bei Urheberrechtsverstößen ein – samt neuer Überwachungsbehörde namens Hadopi. Wer etwa beim illegalen Musikkopieren erwischt wird, erhält zwei Warnungen – die erste per Mail, die zweite per Einschreiben. Beim dritten Verstoß drohen mindestens Geldstrafen – oder gar Internetentzug. Für die zahlreichen Kritiker kommt die Sperrung durch ihren Provider einer „digitalen Todesstrafe“ gleich.

Daneben widmete sich die Sarkozy-Regierung missliebigen Inhalten. Ein im Februar verabschiedetes Gesetzespaket zur inneren Sicherheit enthält die Möglichkeit von Netzsperren, zum Beispiel gegen Seiten mit kinderpornografischen Inhalten.

Für seinen großen Netz-G-8-Auftritt will Sarkozy offenbar nichts dem Zufall überlassen. Als sein damaliger Außenminister Bernard Kouchner vorigen Herbst zu einer Konferenz über die Meinungsfreiheit laden wollte, schickte Sarkozy ihm vorab einen Brief, in dem er den Kollegen mahnte, sein Ziel des zivilisierten Internets nicht aus den Augen zu verlieren. Schließlich habe er, le Président, das zu einem zentralen Thema der französischen G-8-Präsidentschaft erkoren. Die Konferenz wurde kurzerhand abgesagt.

Entsprechend groß sind jetzt die Befürchtungen der Netzaktivisten. Der Gipfel sei „eine Farce“, sagt Jérémie Zimmermann von der Organisation „La Quadrature du Net“, Sarkozy gehe es erklärtermaßen darum, seine autoritären

JOHN ANGELILLO/UPI/LAIF

MARCIO JOSE SANCHEZ / AP

JEFF CHIU / AP

Internetgrößen Bezos, Zuckerberg, Schmidt: *Gegenwind durch die Stargäste?*

Vorstellungen der Regulierung den G-8-Kollegen aufzudrücken.

Zusammen mit anderen Netzaktivisten und Initiativen rief La Quadrature du Net bereits im Vorfeld zu Protesten auf. Unter dem Slogan „G8 vs. Internet“ heißt es, „die Regierungen der Welt schließen sich nun zusammen, um das Internet zu kontrollieren und zu zensieren“. Vielleicht bekommt Sarkozy in Paris indes sogar von seinen Star-Gästen Gegenwind.

Google-Mann Schmidt erklärte vorige Woche in London, Netzblockaden und Internetsperren könnten verheerende Folgen für die Meinungsfreiheit haben: „Ich wäre sehr, sehr vorsichtig damit.“

Die Angst vor dem Export der französischen Ideen kommt nicht von ungefähr. Erst im Herbst verabschiedete das EU-Parlament einen Report der französischen UMP/EVP-Abgeordneten Marielle Gallo, die darauf setzt, Sanktionen wie etwa den dreistufigen Pariser Strafplan zu europäisieren. Die Musikindustrie fordert Ähnliches auch für Deutschland – bislang indes ohne Erfolg.

Schon die damalige Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) lehnte das französische Modell ab. Auch bei ihrer FDP-Nachfolgerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger haben die Verbände keinen Erfolg. In Deutschland ebbte die netzpolitische Debatte nach einer kurzen Konjunkturphase zuletzt schnell wieder ab, was auch daran liegt, dass sich die Bundesregierung mit ihren Vorstößen bisweilen schwer blamiert hat.

Bestes Beispiel ist das „Zugangserschwerungsgesetz“, mit dem Internetseiten kinderpornografischen Inhalts gesperrt werden sollten. Ursula von der Leyen hatte das Projekt noch als Familienministerin vorangetrieben und ist damit ungewollt zur Geburtshelferin einer Netzbewegung und Wahlwerberin für die Piratenpartei geworden.

Mit „Zensursula“ und dem damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble („Stasi 2.0“) hatte die Bewegung schnell ihre Hassfiguren auserkoren. Nach dem Regierungswechsel setzte die FDP ein „Moratorium“ für das Gesetz durch. Zurzeit werden die nie wirksam gewordenen gesetzlichen Sperrvorschriften per „Aufhebungsgesetz“ wieder einkassiert.

Da schien Thomas de Maizière als Innenminister geschickter vorzugehen – zumal er die Netzpolitik als einen der Schwerpunkte seiner Amtszeit definiert hatte. Er lud die Szene zu Gesprächskreisen, um das vergiftete Klima zu verbessern, und er hielt eine „netzpolitische Grundsatzrede“, in der er übers Netz im großen Ganzen und die Rolle des Staates philosophierte.

Doch bevor er zum großen Wurf ausholen konnte, holten die Realitäten ihn ein – etwa bei der erregten Debatte um Google Street View, Facebook und den

Gebündelte Gefahr

Persönliche Daten aus sozialen Netzwerken wie Facebook lassen sich in großem Stil von Maschinen ausspionieren.

Es geht das Gerücht, dass sich Mark Zuckerberg, bevor er Facebook gründete, als er noch Student in Harvard war, auch als Hacker einige Meriten verdiente. Dass er das Netzwerk seiner Universität attackierte. Und dass er dabei die Datenbank mehrerer Uni-Wohnheime flöhte. Doch nach wenigen Stunden reagierte die interne Sicherheitsleitstelle.

Damals war Zuckerberg der Angreifer. Mittlerweile ist er der Attackierte. Aber in seinem heutigen Imperium ist es unwahrscheinlich, beim automatischen Daten-Download sofort entdeckt zu werden. Facebook wie auch andere Netzwerke unterbinden das automatische Herunterladen von nutzerbezogenen Daten offenbar nicht.

Das Unternehmen sagt zwar, man habe „technische Lösungen“, die solche Methoden „aufspüren und verhindern“. Doch die Informatiker Thomas Lint aus Wien und Patrick Gemein aus Passau haben die Sicherheitsvorkehrungen auf die Probe gestellt. Nach eigenen Angaben konnten sie knapp zwei Gigabyte Material von Facebook in eine eigene Datei importieren. Mittels eines Programms würden dabei Daten von Facebook-Profilen heruntergeladen, mit denen der Nutzer verlinkt sei.

„Die leichte Zugänglichkeit zu den Profilen für die Nutzer bei Facebook hat offenbar Vorrang vor einer Sicherung der persönlichen Daten gegen automatisierte Massenzugriffe“, warnt der zuständige Datenschutzbeauftragte, Johannes Caspar aus Hamburg.

Das Netzwerk nimmt die automatisierten Anfragen anscheinend als normalen Profilaufruf wahr. Das Wühlprogramm verkleidet sich quasi.

Das klingt zunächst trivial, denn der Spion gelangt so nur an Daten, die er auch einzeln hätte einsehen können, weil er mit den Profilen verlinkt ist. Aber die Masse macht’s. Und: „Problematisch wird das dann, wenn einer meiner ‚Freunde‘ eine Schad-Software hat und ein Fremder sein Profil geknackt hat. Nun kann der Angreifer automatisch und ohne Mühe binnen kurzer Zeit die Datensätze laden“, erklärt Informatiker Lint.

Manche Plattformen wie etwa das deutsche StudiVZ machen automatische Anfragen aktuell nicht ganz so leicht: Kommen die Abrufe schnell hintereinander, muss der Nutzer eine Zeichenkombination eingeben, um zu zeigen, dass keine Maschine dahintersteckt. Lint sagt: „Wir waren erstaunt, wie einfach man automatisiert Daten aus Facebook laden kann.“

Ähnlich ging es dem Bochumer Informatiker Thomas Szeremeta. Besonders fragwürdig werde es, wenn man in verschiedenen Netzwerken hinterlegte Daten bündle. Das Bild eines Nutzers könne verblüffend vollständig werden. Vielen Nutzern sei nicht klar, dass die Informationen in einem Netzwerk allein vielleicht ungefährlich sind. Kombiniere man sie aber mit anderen Infos, könnten sie schnell intime Details preisgeben, sagt Szeremeta.

Schon 2006 wurden Profile bei den VZ-Netzwerken automatisiert ausgelesen. Die Zurückhaltung einiger Netzwerke, umfassende Sicherheitsschleusen einzubauen, könnte auch darin begründet sein, dass sich mancher legale Nutzer durch ständige Sicherheitsabfragen genervt fühlen könnte.

Facebook betont, dass es nicht erlaubt sei, öffentliche Daten „massenhaft“ aus dem Netzwerk abzufragen. Das werde gemäß den Nutzungsbedingungen geahndet. Wenn Facebook es denn entdeckt.

Martin U. Müller

Amerikanische Dominanz

Die größten Internetmarken

Google
MOUNTAIN VIEW, KALIFORNIEN
SUCHMASCHINE
Gewinn in Dollar, 2010 ..... 8,5 Mrd.

ebay PayPal
SAN JOSE, KALIFORNIEN
AUKTIONSHAUS MIT BEZAHLPLATTFORM
Aktive Nutzer 2010 ..... 94 Mio.

MEDIENHÄNDLER / PC- UND HANDY-HERSTELLER
Verkaufte Musiktitel im iTunes-Store
CUPERTINO, KALIFORNIEN
Stand: Februar 2010 ..... 10 Milliarden

facebook
PALO ALTO, KALIFORNIEN
SOZIALES NETZWERK
Aktive Nutzer März 2011 ... über 650 Mio.

amazon.com
SEATTLE, WASHINGTON
INTERNETKAUFHAUS
Umsatz in Dollar, 2010 ..... 34,2 Mrd.

DER SPIEGEL

De Maizière ist mittlerweile ins Verteidigungsressort gewechselt, der neue Innenminister Hans-Peter Friedrich kommt von der CSU, einer Partei, die Datenschutz in der innenpolitischen Debatte traditionell als Täterschutz wahrnimmt und deren Hauptklientel trotz flotter Parolen von „Laptops und Lederhosen“ nicht gerade in der Online-Welt zu Hause ist.

Auch in Frankreich gibt es Rückschläge: Kurz vor seinem großen Online-Gipfel musste Sarkozy vergangene Woche eine peinliche Schlappe einstecken:

Wegen eines Datenlecks kappte seine eigene Netz-Behörde Hadopi die Verbindung zu der Firma, mit der sie für ihr dreistufiges Verfahren kooperiert. Immerhin informierte der Behördenleiter die Öffentlichkeit über die Panne schnell und dem Thema angemessen: via Twitter.

Martin U. Müller, Marcel Rosenbach, Stefan Simons